
803/AB XXII. GP

Eingelangt am 11.11.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für auswärtige Angelegenheiten

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Josef CAP, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. September 2003 unter der Nr. 804/J-NR/2003 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend den Besuch von Staatssekretär Morak in Israel gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1, 3 und 8:

In der Abstimmung in der 10. Sondersitzung der UN-Generalversammlung am 19. September 2003 stimmten alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union einhellig für die Annahme einer Resolution, die Israel auffordert, von Ausweisungsdrohungen und Drohungen gegen die Sicherheit des gewählten Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Abstand zu nehmen ([...] *„desist from any act of deportation and to cease any threat to the safety of the elected President of the Palestinian Authority.“* [...]).

Die Zustimmung Österreichs zu dieser Resolution bringt die Position der Bundesregierung in dieser Frage zum Ausdruck.

Zu den Fragen 2, 4 und 5:

Der Besuch von Herrn Staatssekretär Franz Morak war primär Fragen der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Israel im Bereich von Kunst und Kultur gewidmet. Darüber hinaus war Herr StS Morak Ehrengast anlässlich der 50-Jahr-Feier von Yad Vashem. Soweit darüber hinaus Fragen des Nahost-Konflikts angesprochen wurden, wurde von ihm selbstverständlich die bekannte Haltung der österreichischen Bundesregierung vertreten.

Die Interpretation des israelischen Regierungscommuniqués mit Ausweisungsdrohungen gegen Präsident Arafat durch Vize-Ministerpräsident Olmert im israelischen Radio war zum Zeitpunkt des Gesprächs zwischen Herrn StS Morak und Vize-MP Olmert der österreichischen Delegation nicht bekannt und wurde daher nicht angesprochen.

Zu den Fragen 6 und 7:

Die österreichische Position in dieser Frage (vgl. Antwort zu Frage 1) habe ich bei allen relevanten Gesprächen zur Nahost-Frage vertreten, so auch im Rahmen meiner Gespräche mit Amtskollegen aus der Nahost-Region und anderen Staaten am 22. - 26. September 2003 am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Zu Frage 9:

Die israelische Regierung bereitet die Entsendung eines Botschafters nach Wien vor, der Zeitpunkt hängt vom Abschluss der erforderlichen administrativen Veranlassungen ab.